

Quelle

Datum

Machtprobe im Bündnis

WJF VON JOSEF JOFFE

Vorbei ist die Krise, ist sie auch gelöst? Zwar hat das Atlantische Bündnis den jüngsten Nervenkrieg pünktlich zum 40-Jahre-Gipfel mit bravouröser Eleganz beendet – ganz so, als hätte ein raffinierter Dramaturg die eskalierenden Spannungen bloß inszeniert, um hinterher maximale Erleichterung und heftigen Applaus zu ernten. Aber das brillante dénouement in letzter Minute kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Verwerfungen aufgebrochen waren, die keineswegs endgültig geplant sind.

Status und Macht

Die Einzelheiten – wann und wie über ein paar Dutzend Kurzstreckensysteme zu verhandeln sei; ob sie jetzt, später oder nie modernisiert werden sollen – haben allenfalls jene Experten verstanden, die berufsmäßig in der Sprache der Nukleartheologie disputieren. Selbst der informierte Bürger kann nur darüber rätseln, was ein „Wurfgewicht“ oder ein „Streuradius“ ist, aber er hat dennoch begriffen, daß sich hinter dem Vokabular der neuzeitlichen „Priesterklasse“ Grundsätzlich-Politisches verbarg. Debattiert wurde nicht Militärisches, sondern die Uraltfrage von Status und Macht in der Staatenwelt.

Die offenliegenden Schichten der Raketenfrage waren deshalb nicht die wichtigsten. Ging es vorweg wirklich um die richtige Atomstrategie für die Deutschen? Dann ist die Frage auf merkwürdige Weise debattiert worden. Denn wer an den Satz glaubt „Je kürzer die Reichweiten, desto toter die Deutschen“, der hätte logischerweise nicht die *Lance*-Modernisierung ins Visier nehmen sollen. Denn eine Hauptfunktion der Reichweitenverlängerung auf 450 km wäre es ja gerade, dem „Singularisierungs-Trauma“ der Deutschen entgegenzuwirken: Das Nachfolgesystem müßte nicht zwingend auf deutsche Ziele gerichtet werden, und die Bundesrepublik würde überdies nicht die alleinige Zielscheibe sein, weil das System auch in anderen Ländern stationiert werden könnte. Die Sorge um das Schicksal der Deutschen hätte sich vielmehr auf die weitaus reichlichere Atomartillerie konzentrieren sollen, die längst modernisiert wird, deren taktische Rolle auch der „Priesterklasse“ immer dubioser erscheint und die tatsächlich nur deutschen Boden verwüsten kann.

Die zweite Schicht: Die Behauptung, daß eine kleine Partei und ihr Minister die Friedensflagge an sich gerissen hätten, um so ihr Überleben jenseits der Fünf-Prozent-Klausel zu sichern, ist ein Teil der Wahrheit, aber eben nur ein Teil. Denn es stellt sich automatisch die Frage: Warum

gerade auf diesem Felde, wo man sich immerhin mit den drei Hauptverbündeten anlegen mußte? Und warum hat sich der große Koalitionspartner dieser Strategie so rasch gebeugt? Die Antwort besteht aus zwei Teilen: Innenpolitisch vereinen (und inspirieren) Abrüstung, Entspannung und „nationale Selbstbehauptung“ alle politischen Lager; außenpolitisch ist ein Alleingang längst nicht mehr mit den Risiken eines Sicherheitsverlustes behaftet, die in der Vergangenheit die Westdeutschen zum Musterknaben der Allianz machten.

Bushs weiser Kurs

Womit die tiefste und wichtigste Schicht erreicht ist: eine kaschierte Machtprobe im Bündnis, die sich eher zufällig an der *Lance* festgemacht hat, aber überhaupt nicht zufällig gerade jetzt ausgebrochen ist. Bündnisse sind das Spiegelbild ihrer Bedrohung; verändert sich der Konflikt, so lockert sich das Bindegewebe auch der bestgefühten Allianz. Dies ist, was den Raketenstreit so exemplarisch macht – und zwar jenseits des nukleartheologischen Disputes und seiner innenpolitischen Instrumentalisierung. Auch war es kein Zufall, daß Bonn den Hauptpart im Drama der Bindungslockerung spielt.

Die Bundesrepublik war zugleich Produkt und Profiteur des kalten Krieges; ohne die „Umkehrung der Allianzen“, welche Waffenbrüder (USA und UdSSR) in erbitterte Rivalen verwandelte, wäre die Bonner Republik 1949 nicht entstanden – und schon gar nicht zehn Jahre nach der Zerstörung des Zwölfjährigen Reiches in die Gemeinschaft der westlichen Staaten vorgerückt. Für diesen Deal mußte Bonn zwar zahlen, aber der Profit war enorm: Für einen Teilverzicht an Souveränität erhielt die Republik diese überhaupt zurück; aus Besatzern wurden Verbündete; die massive Militarisierung des deutschen Territoriums wog wenig, so lange sie die Sicherheit nach Osten garantierte.

Heute, 40 Jahre später, sind die Profiteure verbraucht, die Lasten aber geblieben. Sie scheuern um so mehr, als die „Nachfrage“ nach militärischer Sicherheit im Vergleich noch zur Breschnew-Zeit ebenso dramatisch geschrumpft ist wie das Eigengewicht der Bundesrepublik – wirtschaftliche Potenz plus strategische Lage – zugenommen hat. Daraus ergibt sich ein natürlicher Impuls, die alten „Geschäftsbedingungen“ der Allianz zugunsten von Bonn zu revidieren.

Das hat man hierzulande im Gedenken an unseligere Zeiten so nicht artikuliert, aber die Verbündeten haben diesen Grundimpuls sehr wohl gespürt; dies er-

klärt die Verwirrung wie auch die Verbit-terung auf westlicher Seite. Nach wochenlangem Zögern und Sondieren hat die Regierung Bush das Richtige getan, um die Verknotungen und Verkrümmungen zu lösen. Während Mrs. Thatcher gegenüber den Deutschen hauptsächlich auf „Eindämmung“ pochte, hat Bush einen weiseren Kurs eingeschlagen. Während die Lady an Modernisierung *now* und Verhandlungen *never* festhielt, hat Bush den deutschen Revisionsanspruch zugleich akzeptiert und kanalisiert. Das eine kann verschoben, das andere sehr bald angepackt werden – wenn denn die Russen mitspielen und ihre Militärpräsenz in Europa schnell und radikal reduzieren.

Kunstvolle Großmachtdiplomatie

Dies war, wenn auch spät, ein Stück kunstvoller Großmachtdiplomatie. Bonn kann zwei Punkte für sich buchen (Verschiebung plus Verhandlung), muß sich dafür aber an die amerikanische Zeitvorgabe halten, die Washington erlaubt, den Verhandlungsprozeß und sein Tempo im Tandem mit Moskau zu bestimmen. Zugleich aber hat Bush es geschafft, die leidige Raketenfrage in einen größeren Rahmen einzubinden, der von der Vision eines „ganzen und freien Europa“ erfüllt ist – was mehr als jede Raketenzählerei Hauptanliegen aller deutschen Politik ist. Der tiefere Sinn war es, die Deutschen zugleich zu befriedigen und einzudämmen – sich das deutsche Drängen nach mehr Entspannung zueigen zu machen, um es so um so besser steuern zu können.

Diese Strategie erinnert an die besten Zeiten amerikanischer Europa-Diplomatie – weshalb auch das jetzt oft hervorgekramte Diktum des englischen NATO-Generalsekretärs Ismay schief liegt, wonach das Bündnis „die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten“ zu halten habe. Gewiß, die „Eindämmung“ galt immer auch den Deutschen – aber im Vergleich zum fatalen Versailles-System eben mit diesem entscheidenden Unterschied: Die Einhegung deutscher Macht sollte nicht durch Zwang, sondern in einer Gemeinschaft erfolgen, an der die Bundesrepublik maßgeblich beteiligt ist. Bismarck hat den Kern seiner Politik mit dem Willen umschrieben, stets „selbdritt“ auf dem Schachbrett der europäischen Politik zu sein. Sich nicht im Alleingang, sondern mit Hilfe einer Gemeinschaft durchzusetzen, gehört auch heute zu den vielbeschworbenen „deutschen Interessen“.